

Gesundheitsladen

Rundbrief

Winter 2016
37. Jahrgang

Berichte • Dokumentationen • Veranstaltungshinweise



Wir

wünschen

alles

Gute

für

2017!

München
ist bunt!

**GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM**

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gl-m.de
E-Mail: mail@gl-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 10 - 13 und 16 - 19 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

Onlineberatung
<https://gl-m.beranet.info>

**Unabhängige Patienten-
beratung Schwaben**
Tel. 0821/ 209 203 71
Afrwald 7, 86150 Augsburg
Mo 9 - 12 Uhr
Mi 13 - 16 Uhr

INHALT :
Verein & Infos **2**
Intern & Termine **3**
München & Bayern **4,5**
30 Jahre & VDÄÄ **6**

Pharmapolitik, VDÄÄ &
MEZIS **6, 7**
Verschiedenes **8**
Neues **9**
Geburtshilfe & Tipps **10**

BUKO & Augsburg **11**
Gesundheit & Umwelt **12,13**
UPD & Veteranen **14**
BAGP & Rundbrief **15, 16**

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE51 7002 0500 0008 8878 00
BIC: BFSWDE33MUE

Mitmachen: Bürgerbegehren Reinheitsgebot für Münchner Luft

Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 1/2017
30.03.2017

Verantwortlich für

Inhalt und Layout:

Maria Ernst, Peter Frie-
melt, Jürgen Kretsch-
mer, Waltraud Kröner,
Gunhild Preuß-Bayer,
Adelheid Schulte-
Boholt, Carola Sraier.
Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel liegen
in der Verantwortung
des bzw. der jeweiligen
AutorIn. Sie geben
nicht unbedingt die
Meinung der Redakti-
on wieder.

Belichtung & Druck:

Ulenspiegel Druck
GmbH & Co. KG,
Andechs, zertifiziertes
Umweltmanagement
nach EMAS,
Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das
Organ des
Gesundheitsladen
München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der



und des Staatsministeriums
für Gesundheit und Pflege



Materialien

- **Rundbrief** ☐
2-4 mal im Jahr mit Beiträgen
aus der Vereinsarbeit und ak-
tuellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

3,- € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

- **Patientenrechte - Ärztepflich-
ten, Neuauflage 2016** ☐

4,- € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

- **Informationen rund um die
Versorgung mit Zahnersatz,
5. Auflage 2015** ☐

0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht

- **Lücke in der Krankschrei-
bung** ☐
- **Einsichtsrecht in
Patientenunterlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert -
privat bezahlen?** ☐
- **Gesundheitsreform 2007** ☐
- **Konflikte mit der GKV** ☐
- **Gesundheitsfonds 2009** ☐
- **Arbeitsunfähig - was tun?** ☐
- **Gesundheitsreform 2011 -
Was ändert sich?** ☐
- **Hilfsmittelinfo** ☐
- **Satzung** ☐
- Bei Bestellungen unter 3,- € bitte
Betrag in Briefmarken beilegen!

**Alle genannten Materialien sind
für Mitglieder kostenlos.**

Angebote

Information

Gesammelt und weitergege-
ben werden Informationen
über Einrichtungen, Selbsthil-
fegruppen, Veranstaltungen,
Bücher und Zeitschriften. Es
gibt eine Bibliothek und ei-
nen PC für Recherche und
das Archiv.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München
und die Unabhängige Patien-
tenberatung Schwaben bie-
ten unabhängige Beratung,
Information und Orientierung

Onlineberatung

Anonym und sicher:
Wenn Sie es wünschen, geht
Beratung bei uns auch online:
<https://gl-m.beranet.info>

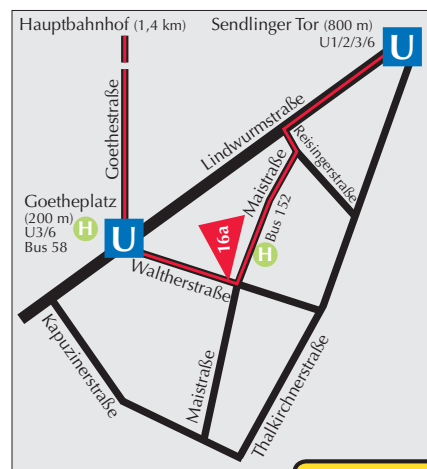
Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiativen
und Facheinrichtungen kommunal, re-
gional und bundesweit zusammen. Be-
sonders intensiv begleiten wir die Ar-
beit der Patientenfürsprecher/innen
in den städtischen Kliniken.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadtweit
machen wir Angebote zur Verbesse-
rung der Lebenssituation.
Wir organisieren Veranstaltungen
zum »Tag gegen Lärm« und arbei-
ten bei »Wohnen ohne Auto« mit.

Wegweiser



**München
ist bunt!**

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter anderem
mit folgenden Themen:
Lärmaktionsplan und Tempo 30, Hö-
ren und Schutz der Ruhe, Autofreies
Wohnen.
Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Pres-
seerklärungen und Terminhinweise,
den Rundbrief u.a. in digitaler Form
und Links zu anderen Einrichtungen.

Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände,
Herausgabe unserer Zeitschrift, wei-
terer Texte und Ausstellungen.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere,
10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

IBAN:

BIC:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

Liebe Freundinnen und Freunde, Interessierte und Aktive,

es fällt nicht ganz leicht, vor dem Hintergrund der weltweit stattfindenden Bedrohungen, dem furchtbaren, nicht enden wollenden Massaker in Aleppo (als nur ein grausames Beispiel), dem weltweit stattfindenden politischen Rechtsruck und der Not vieler Menschen, die sich verzweifelt auf den Weg machen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben, den Weg immer wieder zurück zu finden zu den Problemen, die uns hier als PatientInnen, Versicherte und im Gesundheitswesen Tätige betreffen. Gerade auch einen passenden Abschluss dieses ereignisreichen Jahres zu finden, hat die AutorInnen einige Formulierungsanläufe gekostet ...

Die vergangenen Monate im GL waren gespickt von Herausforderungen und positiven Entwicklungen.

So erreichten wir endlich die Zusage der Finanzierung der **Koordinierungsstelle für die Bayerische Patientenvertretung**: Ab Dezember 16 übernimmt Carola Sraier diesen Arbeitsbereich und wird von Peter Friemelt dabei unterstützt, siehe Bericht.

Wir konnten die Finanzierung der **Unabhängigen Patientenberatung Schwaben**, die in Kooperation mit dem VdK Schwaben angeboten wird, für das kommende Jahr sichern. Auch 2017 wird damit die persönliche und telefonische Beratung in Augsburg weiter an 2 Tagen stattfinden.

2016 war auch das Jahr der neuen **Vertragsverhandlungen** mit dem Referat für Umwelt und Gesundheit mit dem Ergebnis, dass die kommenden drei Jahre in der Finanzierung gesichert sind: Wir sind zufrieden mit dem Ergebnis.

Unser geplantes Projekt der stadtteilorientierten Beratung konnten wir leider nicht durchsetzen, werden die Idee aber nicht aus den Augen verlieren.

Wir suchen ab **1. August 2017 neue Räumlichkeiten**. Uns wurde leider wegen Eigenbedarf gekündigt. Aus diesem Grunde sind wir dankbar für jeden Hinweis über Mietmöglichkeiten ca. 200 oder mehr qm, behindertengerecht, möglichst zentral gelegen und gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar,

mit größerem Veranstaltungsraum, mehreren Büros und zwei Beratungsräumen...

Unseren Kooperationspartnern ein herzliches „Dankeschön“ für die gute Zusammenarbeit und für das entgegen gebrachte Vertrauen. Unseren Mitgliedern, unserem Vorstand und den Aktiven ein „Vergelt's Gott“ für die nachhaltige Unterstützung. Und nicht zuletzt: Allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, friedvolles neues Jahr.

Newsletter

Neben diesem Rundbrief gibt es ein monatliches Rundschreiben per E-Mail, in dem wir über aktuelle Entwicklungen berichten und auf Termine hinweisen. **Wer in den Verteiler will, bitte E-Mailadresse mitteilen.**

Schließzeiten

Zwischen 24.12.16 und 06.01.17 ist der GL geschlossen. Erster Öffnungstag ist Montag, der 09.01.17.

Das GL-Team



TERMINE

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
18.01.17 14 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Alten- und Service- Zentrum Milbertshofen	Schleißheimerstr. 378	Tel. 089 35627733-21
26.01.17 14-17 Uhr	20 Jahre Patientenfürsprache in München	Referat für Gesundheit und Umwelt in Kooperation mit Gesundheitsladen München e.V.	Klinikum Bogenhausen, Englschalkingerstr. 77, München	Tel. 089 233-47523
26.01.17 17 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
15.02.17 14 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Alten- und Service-Zentrum Schwabing-West	Hiltenspergerstr. 76	Tel. 089 30007660
23.02.17 17 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
21.03.17 14:30 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Alten- und Service-Zentrum Isarvorstadt	Hans-Sachs-Str. 14	Tel. 089 232398844
30.03.17 15 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Pfarrzentrum St. Margaret - Seniorenclub	Margaretenplatz 5c	Tel. 089 7256439
30.03.17 17 Uhr	Gesetzlich versichert - Privat bezahlen	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
04.04.17 19:30 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Volkshochschule Gilching	Landsbergerstr. 17a Gilching	Tel. 08105-779524
06.04.17 14 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Alten- und Service-Zentrum Schwabing-West	Hiltenspergerstr. 76	Tel. 089 30007660

PatientInnen beteiligen sich!

Patienten Netzwerk Bayern



Koordinierungsstelle genehmigt

Was lange währt, kommt dann doch noch!

Die Patientenvertretung in Bayern bekommt ab Dezember 2016, vorerst befristet bis Ende 2017, einen Zuschuss des bayerischen Gesundheitsministeriums. Hiermit kann endlich die Begleitung der PatientenvertreterInnen in den Ausschüssen der Selbstverwaltung auf stabilere Füße gestellt werden.

Die Koordinierungsstelle wird der Gesundheitsladen im Auftrag des Patienten Netzwerk Bayern (PNB) betreiben. Die Kollegin Carola Sraier wird mit dieser Aufgabe betraut und dabei vom Koordinator des PNB unterstützt.

Erste Aufgabe wird es sein, eine regelmäßige Sprechzeit und eine Fortbildung im Januar 2017 zu organisieren. Dann wird es zügig darum gehen, die öffentliche Webseite mit einem internen Teil für die PatientenvertreterInnen zu installieren.

Hier die Kontaktdaten:

koordinierung@

patientenbeteiligung-bayern.de

Dienstag und Donnerstag 10-13 Uhr

Tel. 089-18 91 37 28

Die Anträge der Patientenvertretung z.B. zur Aufteilung des Planungsbereichs München können hier angefordert werden.

Bedarfsplanung: Patientenvertretung im Landesausschuss fordert Aufteilung des Planungsbereichs Münchens analog der Sozialregionen

Seit Jahren ist das Problem bekannt: In der tendenziell überversorgten Stadt München gibt es Gebiete, die schlecht versorgt sind mit niedergelassenen Ärzten. Das betrifft insbesondere Stadtteile im Norden und Osten und vor allem die haus- und kinderärztliche Versorgung. Um das Thema voranzubringen, hat die Patientenvertretung im Landesausschuss der Kassen und Ärzte einen Antrag eingebracht, die Planungsregion München aufzuteilen.

Problem: Ganz München ein Planungsbezirk

Die Stadt München (ein sog. Mittelbereich) ist ein einziger Planungsbezirk mit der Folge, dass es in der Innenstadt extrem gut versorgte Gebiete gibt und in manchen Randbezirken ziemlich schlechte. Auch die Gesundheitskonferenz (siehe gegenüberliegende Seite) beschäftigt sich mit dem Thema.

Diverse Presseberichte belegen:

Hausärzte fehlen im Norden, Kinderärzte ebenso, aber besonders im Osten. Der eklatante Mangel an Kinderärzten in Neu-Riem ist das bekannteste Beispiel hierfür. Der Antrag der Patientenvertreter schlägt nun die Aufteilung in die 13 Münchner Sozialregionen vor.

Leider wird die Aufteilung in einer AG der Kassen und Ärzte besprochen, bei der keine Patientenbeteiligung vorgesehen ist. Trotzdem wurde der Patientenvertretung zugesagt, dass es 2017 zu einem gemeinsamen Treffen kommen soll. Wir halten Sie auf dem Laufenden!

München bekommt kommunale/n Patienten- beauftragte/n

Damit wird München die erste Stadt mit dieser Einrichtung.

Anlass war ein Antrag der Grünen Stadtratsfraktion, die gefordert hatte, dass das städtische Gesundheitsreferat gemeinsam mit dem Gesundheitsladen ein Realisierungskonzept entwerfen soll.

Anfangs sah es nicht danach aus, als ob der/die Beauftragte kommen würde. Eine zu diesem Zweck einberufene Arbeitsgruppe aus verschiedenen Akteuren der Münchner Gesundheitsszene war sich gar nicht so sicher, ob wir dieses Amt wirklich brauchen. Die neue Referentin Jacobs machte allerdings mehr Patientenorientierung zu einem Leitthema ihrer Arbeit, und schon war ein Konzept da. Zwar war daran nicht der Gesundheitsladen beteiligt, dafür wird die Person direkt per Stabsstelle an die Referentin angedockt.

Unabhängige Stabsstelle bei der Referentin

Der Gesundheitsladen hätte diese Anbindung gerne verhindert, denn ob es da wirklich unabhängig geht? Aber das gelang uns nicht.

So bleibt uns nur zu hoffen, dass wir und die andere Akteure der ehemaligen AG an der Feinausarbeitung des Konzepts beteiligt werden.

Alle 2 Jahre wird es einen Patientenbericht geben, der auch Vorschläge für patientenorientierte Aktivitäten beinhalten soll.

Städtischer Gesundheitsbeirat befürwortet Schaf- fung eines Härtefallfonds

Ein solcher Fonds sei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Patientenrechte. Der Beirat unterstützt damit die Bundesratsinitiative von Bayern und Hamburg.

Siehe auch Seite 15.

Danke an

das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege,
Fr. Dr. Hartl & den Patientenbeauftragten Imhof
sowie deren MitarbeiterInnen für die jahrelange
tatkraftige Unterstützung und Zusammenarbeit.



Münchner Gesundheitskonferenz „Medizinische Versorgung: Was brauchen wir, damit die Münchnerinnen und Münchner gut versorgt sind?“

(27.10.2016) Am 26. Oktober veranstaltete der Münchner Gesundheitsbeirat seine jährliche Gesundheitskonferenz. Dieses Jahr zum Thema „Medizinische Versorgung: Was brauchen wir, damit die Münchnerinnen und Münchner gut versorgt sind?“. Die Vorsitzende des Gesundheitsbeirats und Münchner Gesundheitsreferentin Stephanie Jacobs unterstrich auf der Konferenz, dass sie ein medizinisches Versorgungsmanagement aufbauen werde. Das ist eine eigene Management-Einheit im Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) zur besseren strategischen Bedarfsplanung der medi-

über Politik und Verwaltung. Ich erhoffe mir davon, dass damit die Patientenperspektive noch stärker in den Fokus der Münchner Gesundheitspolitik rückt.“ Die Münchner Gesundheitsreferentin wies auch darauf hin, dass bezüglich der Verteilung von Arztpraxen in München etwas passieren müsse. Gerade in den äußeren Stadtvierteln gäbe es in der theoretisch überversorgten Stadt auch tatsächliche Versorgungslücken. „Es darf nicht sein, dass der Zugang zu medizinischer Grundversorgung vom Stadtteil abhängt, in dem man wohnt“, sagte Jacobs. Die Referentin betonte aber auch die Verantwortlich-

versorgung von Kommunen, bevor in einer großen Diskussionsrunde mit Vertretern aus dem Münchner Stadtrat und dem Gesundheitsbeirat die Münchner Situation nochmals genauer beleuchtet wurde.

Podiumsdiskussion

An der anschließenden personennmäßig riesigen Podiumsdiskussion nahm auch Peter Friemelt vom Gesundheitsladen teil. Er stellte den Antrag der Patientenvertretung nach einer Aufteilung der Planungsregion München vor. Darüber hinaus forderte er, die Sektoren im Gesundheitswesen einzudämmen und schlug konkret ein sektorenübergreifendes Modell der Versorgung auf dem Klinikgelände Schwabing vor.

Der Münchner Gesundheitsbeirat

Der Gesundheitsbeirat ist ein Beratungsorgan für den Stadtrat und die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München in grundsätzlichen Fragen des Gesundheitswesens. Darüber hinaus dient er der gegenseitigen Beratung seiner 26 Mitglieder und der Koordination von Maßnahmen des Gesundheitswesens in der Landeshauptstadt München.

Ziel ist es, die gesundheitliche Lage der Bevölkerung der Landeshauptstadt München zu verbessern, insbesondere durch Gesundheitsförderung und Prävention sowie durch strukturelle Änderungen der gesundheitlichen Versorgung.



Moderator Kiesel (BR), Mager-Tschira, Geuter, Jacobs, Schmacke

zinischen Versorgung in München. Jacobs hob hervor, die Handlungsspielräume, welche eine Kommune im Gesundheitsbereich hat, noch stärker nutzen zu wollen, als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Jacobs, seit einem Jahr im Amt, sagte den Konferenzteilnehmern: „Durch kluges Ausschöpfen unserer Möglichkeiten haben wir in einem ersten Schritt bereits viel erreicht. So konnte die Situation rund um die Geburt soweit verbessert werden, dass Schwangere nicht mehr am Kreißaal abgewiesen werden. Mit dem „Runden Tisch Pflege“ wollen wir den Pflegenotstand an den Kliniken in München anpacken und mit der neuen Stelle eines unabhängigen Patientenbeauftragten im Referat für Gesundheit und Umwelt bekommen die Münchner Patientinnen und Patienten im nächsten Jahr einen eigenen Fürsprecher gegen-

keit und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von allen Akteuren rund um den Münchner Gesundheitsbereich. „Wir bohren hier ein sehr dickes Brett, hier brauchen wir die Mithilfe und das Zusammenwirken von allen Akteuren. Die Stadt kann es nicht allein. Gemeinsam können wir zum Wohle der Münchner Patientinnen und Patienten Verbesserungen erreichen und unsere Stadt auch bei großem Zuzug für alle lebenswert erhalten.“

An der Konferenz im Münchner Kolpinghaus nahmen rund 120 Teilnehmer aus allen Bereichen der Gesundheitsversorgung teil. Neben Andrea Mager-Tschira vom RGU, sprachen auch Gunnar Geuter vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und Professor Dr. Norbert Schmacke, Public Health-Experte von der Universität Bremen, zur Sicherstellung der medizinischen

Danke an

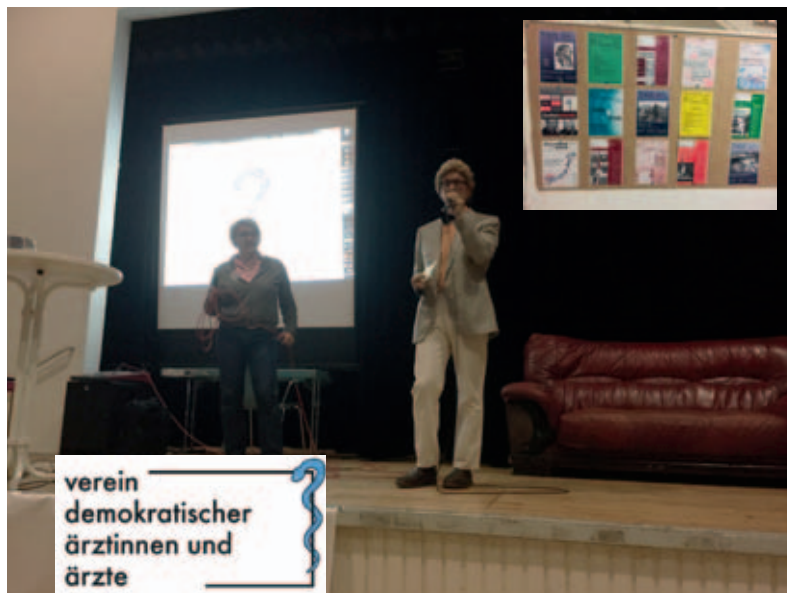
die Stadt München, die StadträtInnen,
das Referat für Gesundheit und Umwelt,
die Referentin und die MitarbeiterInnen
für die jahrelange großartige Unterstützung
und Zusammenarbeit.



Landeshauptstadt
München
**Referat für Gesundheit
und Umwelt**

30 Jahre Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte VDÄÄ

Revue
30
Jahre
VDÄÄ



Wenn ich wieder mal das Gefühl habe, dass

- es nur noch IGeL-Ärzte gibt
- es nur noch Chirurgen gibt, die Patienten dazu benutzen, dass der Casemix in den Krankenhäusern stimmt
- alle nur noch an ihren Berufsstand denken
- Teile der Pharmaindustrie das Gesundheitswesen ruinieren und niemand was dagegen macht
- dass wir in unseren Organisationen ein Nachwuchsproblem haben

dann freue ich mich, dass ich auf Eurer berauschenden 30 Jahre-Feier dabei sein konnte

Danke für

- 30 Jahre Ärzteopposition
- 30 Jahre kritische Medizin
- 30 Jahre gute Kooperation.

Euer Gesundheitsladen

Pressemitteilung des vdäa zu den Forderungen des Bayerischen Ärztetags Bravo! Bayerischer Ärztetag fordert Transparenz und Steuerung des Arzneimittelmarktes

Die demokratischen Ärztinnen und Ärzte begrüßen die Beschlüsse des Bayerischen Ärztetags zum geplanten Arzneimittelversorgungs-Stärkungsgesetz (AMVSG). Die steigenden Arzneimittelpreise stellen ein großes Problem für die Stabilisierung der Ausgaben für das Gesundheitswesen dar. Deshalb hat die Bundesregierung auf Grundlage der Ergebnisse des Pharmadialogs den Kabinettsentwurf eines GKV Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz verabschiedet.

Bayerische Ärztetag in Schweinfurt am 22./23. Oktober weitreichende Vorschläge für das geplante Arzneimittelversorgungs-Stärkungsgesetz mit großer Mehrheit verabschiedet:

Die freie Preisbildung von neu zugelassenen Arzneimitteln im ersten Jahr ihrer Zulassung muss revidiert werden. Die vereinbarten Preise müssen unabhängig von der Umsatzschwelle rückwirkend gelten. Die geplante Umsatzschwelle von 250 Millionen € als Grenze der freien Preisbildung im ersten Jahr der Markteinführung eines Arzneimittels muss deutlich gesenkt werden.

Die vereinbarten Erstattungsbeiträge für Arzneimittel müssen wieder öffentlich gelistet werden und dürfen nicht geheim bleiben. Nur so können die Ärzte auch weiterhin kostenbewusst therapieren. Auch Medikamente aus dem sogenannten Bestandsmarkt müssen wieder einer Nutzenbewertung unterzogen werden. Die Bundesregierung muss die Möglichkeiten einer Zwangslizenzierung nutzen, wenn dies aus öffentlichem Interesse erforderlich ist (Paragraf 24 Patentgesetz). Allein die Androhung einer Zwangslizenz

wird sich preissenkend auswirken.

Die Ausgaben für Arzneimittel im GKV-Bereich steigen jährlich um vier bis fünf Prozent. Das 2011 in Kraft getretene Arzneimittelmarktneuordnungs-Gesetz (AMNOG) war ein Schritt in die richtige Richtung, um den Preisanstieg von Arzneimitteln zu dämpfen. Leider wurde dieses Ziel nicht erreicht. Der vorliegende Gesetzentwurf des AMVSG lässt leider Möglichkeiten zu deutlichen Kosteneinsparungen unberücksichtigt.

Die Vorschläge des Bayerischen Ärztetages gehen weit über die Bestimmungen des Kabinettsentwurfes hinaus und weisen in die richtige Richtung, zukünftige Preissteigerungen auf dem Arzneimittelmarkt zumindest abzumildern.

Der vdäa begrüßt diese Beschlüsse und hofft, dass die Ärzteschaft sich auch zukünftig so entschieden für eine bezahlbare Arzneimittelversorgung einsetzen wird.

Prof. Dr. Wulf Dietrich (Vorsitzender)



Um eine ausreichende Versorgung mit Arzneimitteln im solidarisch finanzierten Krankenversicherungssystem Deutschlands langfristig zu sichern, hat der 75.

Manifest für bezahlbare Medikamente und eine bedarfsgerechte Arzneimittelforschung

Großer Erfolg der MEZIS-Fachtagung „Leben – eine Kostenfrage?!“ in Berlin

MEZIS beschließt „Manifest für bezahlbare Medikamente und eine bedarfsgerechte Arzneimittelforschung“
Am 1. und 2. Dezember fand in Berlin die MEZIS-Fachtagung „Leben - eine Kostenfrage ?!“ statt. Rund 50 ÄrztInnen, GesundheitswissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft kamen zusammen, um die Auswirkung kontinuierlich steigender Arzneimittelpreise zu diskutieren.

In World-Café-Arbeitsgruppen beleuchteten die TeilnehmerInnen die Ursachen der Hochpreispolitik in der Arzneimittelindustrie und diskutierten Lösungsstrategien. Mit der Verabschiedung des „Manifests für bezahlbare Medikamente und eine bedarfsgerechte Arzneimittelforschung“ ging die zweitägige Fachtagung erfolgreich zu Ende.

War der Zugang zu Arzneimitteln bislang vor allem für Kranke im globalen Süden ein Problem, gefährdet die Preispolitik der Pharmaindustrie zunehmend die Versorgung von Patienten mit lebensnotwendigen Medikamenten auch in reichen Ländern. Dies ist sowohl bei Infektionskrankheiten wie Hepatitis C als auch bei nicht übertragbaren Krankheiten der Fall. „Die Behandlung einer Hepatitis C Infektion mit dem Medikament Sofosbuvir der Firma Gilead kostet in Deutschland über 43.500 Euro. „In armen Ländern sind diese Preise selbst bei großzügigen Preisnachlässen meist ein Todesurteil“, erklärt Dieter Lehmkuhl von MEZIS die dramatische Situation.

Um dieser Hochpreispolitik entgegenzutreten, haben die MEZIS-Experten im Rahmen der Fachtagung ein Manifest erarbeitet, in dem sie die Politik

zum Handeln auffordern. Im Interesse von PatientInnen, Krankenversicherungen und SteuerzahlerInnen appellieren sie an Politikerinnen und Politiker für die Daseinsvorsorge mit Arzneimitteln zu fairen Preisen einzutreten. Sie fordern insbesondere:

- Mehr Wettbewerb im stark von Patenten und anderen Monopolen geprägten Arzneimittelmarkt
- Transparente Preisgestaltung und Bündelung der Verhandlungsmacht
- Volle Transparenz der Kosten für Forschung und Entwicklung, sowie der Ergebnisse klinischer Studien
- Investitionen in Forschung und Entwicklung, um Medikamentenpreise unabhängig vom Marktprofit zu gestalten.

Um den Wettbewerb im stark von Patenten und Monopolen geprägten Arzneimittelmarkt zu verstärken, fordert MEZIS unter anderem einen frühen Marktzugang für Generika, eine stärkere Orientierung der Preise und Erstattungsfähigkeit am Nutzen eines Medikaments, sowie die bedarfsweise Anwendung von Zwangslizenzen im Interesse öffentlicher Gesundheit.

„Es bedarf dringend einer Reform des derzeitigen Systems der Forschung und Entwicklung, sowie der Bereitstellung von Medikamenten. Nur dann können wir künftig die Versorgung mit notwendigen Arzneimitteln zu bezahlbaren Preisen gewährleisten“, erklärt Dr. Christiane Fischer, Ärztliche Geschäftsführerin MEZIS. „Aus diesem Grund brauchen wir eine Arzneimittelpolitik, die sich am Patientenbedarf und an nachhaltigen Preisen orientiert und nicht am maximalen Profit der Pharmaindustrie“, ergänzt Peter Tinnemann, Wissenschaftler an der Charité-Universitätsmedizin Berlin.



Den gesamten Inhalt des Manifests finden Sie unter:

www.mezis.de/manifest-fuer-bezahlbare-medikamente-und-eine-bedarfsgerechte-arzneimittelforschung

Ansprechpersonen bei MEZIS:

Dr. med. Christiane Fischer,
Ärztliche Geschäftsführerin:
fischer@mezis.de, Tel: 01575- 5575135

Dr. med. Peter Tinnemann:
Peter.Tinnemann@charite.de

Dr. med. Dieter Lehmkuhl:
DieterLehmkuhl@gmx.net,
Tel: 030-4042365



Danke an

*unsere Druckerei Ulenspiegel,
die nicht nur klimaneutral druckt,
sondern immer wieder über die
weltweite Papiermafia und pseudo-
hafte Umweltstandards informiert.*





Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM) - Ausgabe mit Euro-Beträgen ... – Stand 01.07.2016
Deutscher Ärzte-Verlag, 2 Bände, 2016, 49,99 €
ISBN: 978-3769136098

Der Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) ist das Vergütungssystem für die Abrechnung der vertragsärztlichen Leistungen für Kassenpatienten in Deutschland und wird von Vertretern der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und des GKV im Bewertungsausschuss beschlossen. Er bestimmt als Verzeichnis den Inhalt der abrechnungsfähigen vertragsärztlichen Leistungen.

Der jeweils gültige EBM legt damit verbindlich fest, welche ärztlichen Leistungen gegenüber der GKV wie abgerechnet werden können. Die Leistungen werden dabei nicht direkt mit Euro-Preisen bewertet. Stattdessen erhält jede Leistung eine Punktzahl, mit der sie bewertet wird. Der EBM ist gegliedert in hausärztliche, fachärztliche und gemeinsam abrechnungsfähige Leistungen, einschließlich der Sachkosten und gilt bundesweit.

Band 1 und 2 mit einem Umfang von gut 1600 Seiten enthalten aktuelle Änderungen, neue Leistungen wurden aufgenommen sowie verschiedene Beschlüsse zur Ambulanten Spezialärztlichen Versorgung. Eine CD-ROM ergänzt die Ausgabe mit Volltextsuche.

Es gibt den EBM zwar als Onlineversion auf der Seite der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (<http://www.kbv.de/html/ebm.php>). Für unsere Patientenberatung ist aber die Buchvariante die praktikablere. Adelheid Schulte-Bocholt



Das Vorsorge-Set – Patientenverfügung . Testament . Betreuungsvorgabe . Vorsorgevollmacht
2. aktualisierte Auflage, 2016, Stiftung Warentest – Finanztest, 12,90 €
ISBN: 978-3-8a6851-382-0

Das Vorsorge-Set ist vorrangig an der Praxis orientiert. Aufbau und Layout der Textpassagen und Formulare sind übersichtlich und in gut lesbarer Schriftgröße gestaltet. Es gibt jeweils einen informativen „Wegweiser“ durch's Thema und daran anschließend eine Ausfüllhilfe für die entsprechenden Formulare. Die Sprache ist so gehalten, dass sie sich keines speziellen Fachjargons bedient.

Das Thema „Vorsorgeformen“ flutet nicht nur das Internet, sondern auch die Regale in Buchläden. Angesichts dieser Massen ist es von besonderer Bedeutung, Ratsuchenden klare Empfehlungen geben zu können. Gegenüber anderen Broschüren zeichnet sich das Vorsorge-Set besonders dadurch aus, dass Themen gestreift oder auch etwas ausführlicher behandelt werden, die sonst nicht erwähnt werden oder in separaten Broschüren nachzulesen sind: Kombinationsmöglichkeiten entsprechend der Lebenssituation, Testament, Regelung zum Innenverhältnis einer Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung im Klinikalltag, Nachlassregelungen, Sorgerechtsverfügung für Kinder, digitaler Nachlass.

Sehr informativ und mit einem erhellenden Schaubild versehen wird erläutert, wann eine Betreuung eingerichtet wird.

Waltraud Kröner



„Patientenwohl als ethischer Maßstab für das Krankenhaus“

Stellungnahme, April 2016

Die Ökonomie – und nicht der Patient – steht derzeit im Fokus des Krankenhausalltages, kritisiert der Deutsche Ethikrat und spricht Empfehlungen aus. Lesenswert und herunterzuladen unter: <http://www.ethikrat.org>

Fortbildung „Einsatz von DolmetscherInnen im Beratungs- und Untersuchungssetting“

Die Stadt München ermöglicht in einem deutschlandweit einzigartigen Angebot MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, sowie denen von der Stadt bezuschusster Einrichtungen bei Bedarf einen kostenlosen Dolmetscherdienst in Anspruch zu nehmen. Dies geschieht in Kooperation mit dem Bayerischen Zentrum für Transkulturelle Medizin e. V., die die DolmetscherInnen schult und vermittelt. Dieses Zentrum existiert seit 20 Jahren in München und verfolgt den Ansatz eines so genannten Gemeindedolmetscherdienstes. Es arbeitet mittlerweile nur noch für die Stadt München und den Bezirk Oberbayern. In den letzten Jahren gab es – vermittelt auch über die Welle von Geflüchteten – einen enormen Aufschwung: Es stehen zurzeit etwa 300 DolmetscherInnen für 82 Sprachen zur Verfügung. Letztes Jahr wurden etwa 80.000 DolmetscherInnen-Stunden geleistet.

Am Beginn der Schulung standen Klärungsfragen: Wann besteht Bedarf für einen DolmetscherInnen-Einsatz? Wie ist der organisatorische und Abrechnungsablauf? Welche Rahmenbedingungen insbesondere bezüglich Datenschutz und Schweigepflicht sind einzuhalten? Es folgte ein praktischer Teil mit Reflexion. Dabei wurden in Rollenspielen Beratungssituationen mit DolmetscherInnen „nachgestellt“ und ausprobiert. Letztlich war jede TeilnehmerIn mindestens einmal in der Rolle der BeraterIn, DolmetscherIn und Ratsuchenden. Das war sehr spannend und erkenntnisreich: Beratung mit DolmetscherIn ist nicht „einfach“ eine Beratung zu dritt. Es verlangt vielmehr eine ganz besondere Aufmerksamkeit und hat einen ganz eigenen Rhythmus. Auch ist die DolmetscherIn als Person zwar anwesend, hat aber als Mensch in dem Beratungssetting keine Bedeutung. Sie stellt in gewisser Weise ein technisches Hilfsmittel dar: Sprachrohr zur Verständigung zweier Menschen, die nicht dieselbe Sprache sprechen! Interessant war auch, welchen enormen Einfluss die Sitzordnung bzw. Sitzplatzgestaltung im Raum und die Körpersprache und Blickrichtung der DolmetscherIn in diesem Setting hat. Im Idealfall ist es so „gestellt“, dass die DolmetscherIn quasi nicht gesehen oder wahrgenommen wird, vor allem um die Beratungsbeziehung zwischen BeraterIn und Ratsuchenden nicht zu beeinflussen bzw. zu stören.

Es war trotz der Dauer von 4,5 Stunden eine kurzweilige, rundum gelungene Schulung mit vielen bedenkenswerten Anregungen und praktischen Hinweisen. Vielen Dank!

Jürgen Kretschmer

Patientenverfügung und Vorsorgeformen

Themenspezifische Öffnungszeiten im GL

„Das Thema beschäftigt mich schon lange. Aber es fällt mir auch ganz schön schwer, damit weiter zu kommen!“ – so oder ähnlich äußern sich Ratsuchende häufig, wenn sie wegen einer Patientenverfügung zu uns in den GL kommen.

Für den Fall, dass durch Krankheit oder Unfall Betroffene nicht mehr in der Lage sind, selbständig zu entscheiden oder den eigenen Willen zu äußern, können sie Vorsorge treffen. Die Patientenverfügung und die Vorsorgevollmacht sind ein geeigneter Weg, den eigenen Willen rechtlich bindend festzulegen und seine Beachtung sicher zu stellen.

Mit unseren bisherigen Angeboten unterstützen wir die Münchner Bürgerinnen und Bürger bei den ersten schwierigen Schritten. Das Thema Patientenverfügung und Vorsorgeformen gehört seit vielen Jahren fest zu unserem Angebot. Wir hal-

ten dazu regelmäßig Vorträge in unserer Geschäftsstelle und werden von vielen kommunalen Einrichtungen als Referentinnen angefragt. Seit Längerem beobachten wir einen steigenden Beratungsbedarf. Das neue Angebot wird diesem Umstand gerecht und entlastet die Öffnungszeiten.

Seit Anfang Oktober bietet der GL immer donnerstags von 17 – 19 Uhr eine themenspezifische Öffnungszeit zum Thema Vorsorgeformen an. Eine vorherige Terminvereinbarung für das persönliche Gespräch ist erforderlich.

Terminvereinbarung 089 – 77 25 65

Ein Urteil des Bundesgerichtshofes im August dieses Jahres, die schriftlich fixierten Wünsche am Lebensende müssten möglichst konkret sein, hat zu einiger Irritation geführt. Viele Menschen, die bereits eine Patientenverfügung verfasst hatten, wurden hinsichtlich ihrer Wirk-

samkeit verunsichert.

Unsere Recherchen bestätigen, dass die von uns vorrangig empfohlenen Formulare aus der Broschüre des Bayerischen Ministeriums der Justiz (download: <http://www.bestellen.bayern.de>) den Ansprüchen des BGH-Urteils genügen. Auch der Beck-Verlag betont dies in einer eigens herausgegebenen Pressemitteilung.



Individuelle Beratung zu

**Patientenverfügung
und Vorsorgeformen**

Donnerstags zwischen 17-19 Uhr
Nur mit Voranmeldung!
Keine Kosten!

Gesundheitsladen München e.V.
Waltherstr. 16 a, 80337 München
Tel. 089 - 77 25 65

Barrierefreier Zugang
ab U-Bahn-Lift Goetheplatz

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Vorsorge für
**UNFALL
KRANKHEIT
ALTER**

durch
Vollmacht
Betreuungsverfügung
Patientenverfügung



16. Auflage www.justiz.bayern.de

Das finden wir gut !!!

Parlamentsnachrichten des Dt. Bundestags 1.12.2016: Notfallvertretungsrecht für Ehegatten Recht und Verbraucherschutz / Gesetzentwurf

Berlin: (hib/PST) Für den Fall, dass ein Ehepartner durch Unfall oder plötzliche schwere Erkrankung entscheidungsunfähig ist und keine Vertretungsvollmacht vorhanden ist, soll der andere Ehepartner automatisch ein Vertretungsrecht in medizinischen und damit zusammenhängenden finanziellen Angelegenheiten erhalten. Gleiches soll für eingetragene Lebenspartner gelten. Dies sieht ein Gesetzentwurf des Bundesrates (18/10485) vor, den die Bundesregierung jetzt dem Bundestag zugeleitet hat. Der Bundesrat verweist darauf, dass Ehepartner überwiegend glauben, sie hätten schon jetzt ein solches Vertretungsrecht im Notfall. Tatsächlich aber müsse durch das Betreuungsgericht ein Betreuer bestellt werden, der dann tatsächlich der Ehe- oder Lebenspartner sein kann.

Dem Gesetzentwurf zufolge soll künftig grundsätzlich angenommen werden, dass eine Vertretungsvollmacht für den Gatten besteht, sofern keine entgegenstehende Erklärung des Verunglückten oder Erkrankten vorliegt. Ärzte sollen dem Partner gegenüber von der Schweigepflicht entbunden werden. Diese „Vollmachtsvermutung“ soll es allerdings nicht geben, wenn die Partner getrennt leben.

Die Bundesregierung „begrüßt“ in ihrer Stellungnahme „grundsätzlich“ das Anliegen der Länder, dem Wunsch vieler Bürger nachzukommen, im Fall einer schweren Erkrankung oder eines Unfalls bei der Besorgung ihrer Angelegenheiten von ihrem Partner ohne weitere Formalitäten vertreten werden zu können. Sie unterstützt auch das Ziel der Länder,

kurzfristige Betreuerbestellungen zu vermeiden. Allerdings äußert die Regierung Bedenken gegen den dafür gewählte Weg einer gesetzlichen Vollmachtsvermutung. Dieser sei in vielen Fällen nicht praktikabel und vor allem mißbrauchsanfällig. Vorrangig solle daher die weitere Verbreitung der Vorsorgevollmacht gefördert werden. Allerdings hält es die Bundesregierung für denkbar, ein auf die reine Gesundheitsorge beschränktes Notvertretungsrecht für maximal wenige Wochen einzuführen. Erst bei einem längeren Vertretungsbedarf müsste dann ein Betreuer bestellt werden. Dies würde ebenfalls die Betreuungsgerichte entlasten und Missbrauchsgefahren verhindern, argumentiert die Bundesregierung.

Personalmangel in Kliniken gefährdet Mütter und Kinder



In Deutschland haben Frauen einen rechtlichen Anspruch auf Hebammenhilfe (SGB V, Art. 1, § 24d). Und das macht durchaus Sinn, denn die kontinuierliche Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt führt zu weniger Komplikationen, Interventionen und Kaiserschnitten.

Doch die Personalsituation in den Kreißsälen lässt eine gute oder gar lückenlose Betreuung meist nicht mehr zu. Bei einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Hebammen Verbandes (DHV) geben 95% der im Kreißsaal tätigen Hebammen an, häufig mehrere Frauen parallel zu betreuen. 64 % davon betreuen sogar drei oder mehr Frauen. Genügend Zeit für eine aus ihrer Sicht optimale Betreuung haben nur 19 % der Hebammen.

Für die werdenden Mütter, die oft erst an der Klinikpforte oder im Kreißsaal von der Situation erfahren, bedeutet das unnötigen Stress. Bei unkomplizierten Geburtsverläufen mag das gut gehen. Schlechte Betreuung bedeutet aber auch all zu oft: die Geburt gerät ins Stocken, schwierige Geburtsverläufe werden zu spät erkannt und Geburten enden mit Interventionen oder Kaiserschnitten, die Mutter und Kind langfristig belasten.

Steigende Geburtenzahlen – sinkende Kapazitäten

Während die Geburtenzahlen auch in Zukunft weiter steigen, sinken die Kapazitäten der Kreißsäle. Wie dramatisch sich die Situation entwickelt, sieht man am Beispiel München: Bereits 2014 hatten bis auf eine Privatklinik alle elf Münchner Geburtskliniken dem Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) von Engpässen berichtet. Auch die Kreißsäle des Perinatalzentrums des Henriettenstifts in Hannover, das auch frühgeborene Babys intensivmedizinisch versorgen kann,

mussten bereits wiederholt wegen Personalmangels geschlossen bleiben. Hebammen seien „oft am Rande dessen, was sie leisten und verantworten können“, zitiert die Süddeutsche Zeitung Astrid Giesen, Vorsitzende des Bayerischen Hebammen Landesverbands (HBLV).

Neben der hohen Arbeitsbelastung sind steigende Haftpflichtbeiträge ein Grund dafür, dass immer mehr Hebammen die Geburtshilfe aufgeben. Viele Freiberuflerinnen können aufgrund der geringen Vergütung nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. Geben sie auf, wächst die Arbeitsbelastung der verbleibenden Kolleginnen in den Kliniken. Denn was kaum bekannt ist: Freiberufliche Hebammen betreuen auch viele Klinikgeburten. In Bayern etwa werden mehr als die Hälfte aller Klinikgeburten von freiberuflichen Hebammen begleitet.

Der Anstieg der Haftpflichtprämien liegt nicht etwa an einer gestiegenen Anzahl Haftpflichtfälle. Vielmehr führen die immer bessere medizinische Versorgung sowie Regressansprüche zu deutlich hö-



heren und für Versicherer kaum zu kalkulierenden Kosten.

Kinderärzte warnen vor Unterversorgung im Wochenbett

Die unzureichende Betreuung von Müttern und Neugeborenen setzt sich im Wochenbett fort. Dabei haben erst kürzlich die Krankenversicherer ihre Leistungen in diesem Bereich ausgeweitet und somit seine Bedeutung unterstrichen. Doch viele Frauen suchen erfolglos nach einer Hebamme für die Wochenbettbetreuung. In Wiesbaden beispielsweise bleiben bis zu 50 % der Familien unversorgt, in anderen Städten und Regionen ist die Lage ähnlich dra-

matisch und verschärft sich weiter. Kinderärzte warnen vor dieser Entwicklung, da der Wegfall der Hausbesuche



durch eine freiberufliche Hebamme die Gesundheit der Kinder gefährdet. Kinderarztpraxen, die oft bereits am Rande ihrer Kapazitäten sind, melden zudem, dass Eltern ohne Wochenbettbetreuung häufiger Kinderarztpraxen und Kinderkliniken aufsuchen, was zu einer weiteren Belastung des medizinischen Systems führt.

Keine konkreten Pläne der Politik

Der Politik ist der Ernst der Lage mittlerweile bekannt, bisherige Maßnahmen, sie zu verbessern, scheiterten jedoch. Wohl auch, weil das Gesundheitsministerium nicht gewillt ist, die Kosten der Haftpflichtversicherung langfristig und unbürokratisch abzufedern und sich für eine angemessene Vergütung der geburtshilflichen Leistungen politisch einzusetzen. Zudem spricht man von „Planungssicherheit“, während tatsächlich derzeit nur das Angebot eines einzigen Versicherers bis zum Jahr 2018 besteht. Wie und ob es danach noch eine Versicherung für freiberufliche Hebammen geben wird, ist unklar. Doch ohne Versicherung dürfen sie nicht arbeiten.

Elterninitiative Mother Hood e.V. engagiert sich für Eltern und Kinder

Das Recht auf eine Hebamme ist ein wichtiges Patientenrecht, denn eine gute Versorgung rund um die Geburt hat maßgeblichen Einfluss auf die Gesundheit von Mutter und Kind. Doch dieses Recht steht in vielen Fällen nur noch auf dem Papier. Es ist an der Zeit, dass die Bedürfnisse junger Familien ernst genommen werden.



Bei Mother Hood e.V. verfolgen Eltern dieses Ziel: In dem 2015 gegründeten Verein setzen sie sich gemeinsam für ihre Rechte und eine sichere Versorgung von Mutter und Kind vor, während und nach der Geburt ein. Zu den Hauptforderungen von Mother Hood e.V. gehören die 1:1-Betreuung durch eine Hebamme, eine Reduzierung der Kaiserschnittrate und das Recht auf die freie Wahl des Geburtsortes. Weitere Informationen: www.mother-hood.de

Ruth Piecha / Mother Hood e.V.

Photos © Kerstin Pukall Fotografie

Ergänzende Hinweise bzw. Links vom GL-Team zum Thema Geburt:

Hebammensuche für Vor- und Nachsorge Bayern:

<http://www.hebammensuche.bayern/sprechstunde.php>

Beratungsstelle für Natürliche Geburt und Elternsein e.V.:

<http://www.natuerliche-geburt.de/de>

In Entstehung: Eine website für eine neue Geburtskultur unter

<http://www.geburt.de/>

Rettungsleitssystem München

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München ein Rettungsleitssystem entwickelt, das auch von Privatpersonen genutzt werden kann. Es gibt Auskunft über die Aufnahmekapazitäten in verschiedenen Münchner Kliniken und wird minütlich aktualisiert. Ein gelungenes und wertvolles Angebot, zu dem wir uns als Vervollständigung eine Legende wünschen:

<https://www.ivena-muenchen.de/leitstellenansicht.php>

Straßentheater BUKO Gruppe Schluck & weg

Die BUKO-Pharma-Kampagne warnt vor Antibiotika-Resistenzen

Antibiotika – einst Wunderwaffe gegen bakterielle Infektionen – drohen ihre Wirksamkeit zu verlieren. Resistente Keime machen nicht nur in Industriestaaten Probleme. Besonders in armen Ländern sind viele Infektionen nicht mehr behandelbar.

Das Problem resistenter Bakterien ist global: Bei uns in Deutschland sind resistente Krankenhauskeime ein gravierendes Problem, im südlichen Afrika wird die Behandlung von Tuberkulose immer schwieriger. Eine Ursache für die Entstehung resistenter Keime ist der Übergebrauch von Antibiotika, resultierend aus Unwissenheit, Fehlinformation und irreführender Werbung. Zugleich gibt es kaum neue antibiotische Wirkstoffe, die Abhilfe schaffen könnten. Antibiotika sind wenig lukrativ für die Pharmaindustrie. Aus kommerzieller Sicht müssten neue Medikamente möglichst häufig eingesetzt werden, aus medizinischer Sicht ist das Gegenteil der Fall. Antibiotika sind daher auch ein Paradebeispiel für das Versagen des profitorientierten Forschungssystems. Das Straßentheater *Schluck & weg* beleuchtet diese weltweite Problematik mit einer skurrilen Komödie und wirbt für alternative Forschungsmodelle und mehr öffentliche Forschungsgelder.

Schluck & weg ist eine Aktion der BUKO Pharma-Kampagne in Bielefeld. Seit rund 30 Jahren beleuchtet die Theatergruppe ungesunde Pharmageschäfte in Nord und Süd. Der GL hatte die ehrenamtlichen Akteure eingeladen, am 07.09.16 auf ihrer diesjährigen Tournee auch in München Station zu machen. Leider konnte das Straßentheater wegen anhaltender, heftigster Regenfälle an diesem Tag nicht wie vorgesehen auf dem Marienhof auftreten.

Das passende Heft zum Thema gibt es im Gesundheitsladen und noch mehr wertvolle Informationen unter: <http://www.bukopharma.de/U>



Unabhängige Patientenberatung Schwaben

Wir freuen uns sehr, dass

wir unsere unabhängige Patientenberatung auch in diesem Jahr in Schwaben anbieten können.

Wir haben mit einigen Aktionen, wie intensiver Netzwerkarbeit, an der Bekanntmachung unseres Angebotes gearbeitet. Außerdem waren wir im September auf

dem Selbsthilfetag in der Stadt dabei.

Im Oktober haben wir im VdK für die zahlreichen Ehrenamtlichen einen Vortrag zu Patientenrechten - Ärztepfllichten und Patientenverfügung gehalten. Der gemeinsame Austausch zu den Problemen in der Praxis mit der Umsetzung des Patientenrechte-Gesetzes ist immer sehr munter und anregend.



Danke an

- alle unsere Mitglieder
- alle unsere UnterstützerInnen
- alle unsere Kooperationspartner

- und an den VdK Schwaben für seine immerwährende gute Zusammenarbeit bei der



Bürgerbegehren



Vergilbt ist sie, der bunte Aufkleber auf dem Titel schon fast abgefallen, die Broschüre, die der GL mit verschiedenen Partnern im Rahmen des Healthy-

Cities-Projekt 1993 getextet hatte. Beteiligt waren u. a. ADFC, Bund Naturschutz, Kinderschutzbund, Umweltreferat, VCD. Im ersten Teil wird zusammengefasst, wie insbesondere motorisierter Individual-Verkehr die Menschen, besonders die Kinder schädigt, ihnen Luft, Ruhe, Lebensraum und oft auch das Leben nimmt. Auch damit zusammenhängende Vorgänge wie Rohstoffausbeutung, -transporte und Kriege ums Öl schädigen die Welt massiv. Im zweiten Teil folgen konkrete Forderungen von Verkehrsverlagerung über Tempo 30 bis zu Ausbau der Alternativen ÖV und Radinfrastruktur.

„Wohnen ohne Auto“ und der AK Lärm haben ihre Motivation direkt aus diesem „Healthy-Cities-Arbeitskreis“ gezogen.

Die damaligen 500 Exemplare sollten nach Diskussion mit den Verkehrsinitiativen zu einer bebilderten Broschüre werden, es gab aber kein Geld mehr. Die alte Broschüre finden Sie beim Rundbrief auf unsere Webseite.

So steht die Beteiligung des Gesundheitsladens am Bündnis für saubere Luft und an dem am 23. November 2016 startenden Bürgerbegehren in einer langen Tradition.

Nicht nur Lärm plagt die Anwohner der Münchner Straßen. Auch die Abgase in Form von Feinstaub und Stickoxiden gefährden die Gesundheit der hier Wohnenden. Für **weniger Gesundheitsschäden** sorgen **weniger Autos**, nämlich Reduzierung von Anzahl, Größe und Tempo der beteiligten Motorfahrzeuge.

Im Gegensatz zur Lärmproblematik hat die EU bei der Luft klare Grenzwerte gesetzt, aber diese werden von München

so häufig überschritten, dass schon längst Maßnahmen hätten eingeleitet werden müssen. Aber „das kann man dem Autofahrer nicht zumuten“, scheint die Haltung der Stadtratsmehrheit zu sein. Selbst das Urteil des Verwaltungsgerichts München gegen Stadt und Freistaat von 2012 hat noch keine Bewegung in die Sache gebracht.

So ist nun ein Bündnis entstanden, welches mit einem **Bürgerentscheid** die Stadt zum Handeln auffordern will. Der erste Schritt, der dazu notwendig ist, ist ein **Bürgerbegehren**, welches mehr als 3% der wahlberechtigten Münchner*innen unterschreiben müssen, es braucht also ca. 32.000 Stimmen. Zeitgleich mit dem Tollwood ist die Unterschriftensammlung am 23. November gestartet.

Ziele des Bürgerbegehrens sind unter anderem

- Saubere Atemluft für München
- Transparenz und Information für die Münchner Bürgerinnen und Bürger über Verursacher und Folgen von Luftschadstoffen, sowie Schutz davor
- Verbindliches Handlungs- und Maßnahmenkonzept für die Landeshauptstadt München.

Zugrunde liegt diesem Vorgehen die Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai

2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (Luftqualitätsrichtlinie).

In dem durch den Beschluss Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates verabschiedeten sechsten Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft wurde festgelegt, dass die Verschmutzung auf ein Maß reduziert werden muss, bei dem schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit möglichst gering sind, wobei empfindliche Bevölkerungsgruppen und auch die Umwelt insgesamt besonders zu berücksichtigen sind, und dass die Überwachung und Bewertung der Luftqualität, einschließlich der Ablagerung von Schadstoffen, und die Verbreitung von Informationen an die Öffentlichkeit verbessert werden müssen.

Für Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Feinstaub mit einer Partikelgröße bis 10 µm (PM₁₀) und (neu) bis 2,5 µm, Blei, Benzol, Kohlenmonoxid und Ozon wurden Grenzwerte festgelegt.

Deshalb haben viele deutsche Städte Luftreinhalte- und Aktionspläne aufgestellt, die insbesondere den Straßenverkehr einbezogen. München ist noch im Verzug.

Fordern auch Sie mit Ihrer Unterschrift die Stadt zum Handeln auf.

Für das Recht auf Gesundheit !!!

Pressemitteilung der Deutschen Umwelthilfe

29.06.2016, 15:10 Uhr

Saubere Luft für München: Deutsche Umwelthilfe und Verkehrsclub Deutschland siegen vor Gericht

Der Freistaat Bayern muss den Luftreinhalteplan innerhalb eines Jahres fortschreiben und wirksame Maßnahmen zur Einhaltung der Stickstoffdioxidgrenzwerte umsetzen

Berlin, 29.06.2016

Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat am 29.6.2016 das Urteil gegen den Freistaat Bayern wegen der schlechten Luftqualität in der Landeshauptstadt München verkündet.

Die DUH hatte bereits 2012 ein rechts-

kräftiges Urteil erstritten, nach dem der Luftreinhalteplan so geändert werden sollte, dass die Einhaltung der Grenzwerte so schnell wie möglich gewährleistet werden kann. Aber wegen der weiterhin hohen Belastung mit NO_x und zum Schutz der Bürger*innen hat die DUH am 17. November 2015 einen Antrag auf Androhung eines Zwangsgeldes eingereicht und so ein Vollstreckungsverfahren eingeleitet. Gleichzeitig hatte der ökologische Verkehrsclub VCD eine Klage auf Änderung des Luftreinhalteplans eingereicht.

Nun bestätigte das Gericht sein Urteil von 2012, der Freistaat muss den Luft-



»Tag gegen Lärm« 26.4. 2017

Neues von



Der 20. »Tag gegen Lärm« in **Deutschland** soll ein besonderes Ereignis werden. Von der Deutschen Gesellschaft für Akustik aus den USA importiert, hat er hier einen ganz eigenen Charakter bekommen, mit einem jährlich neu gewählten Motto und gemeinsamen Veranstaltungen z.B. mit Umweltbundesamt, VCD, BG Bau...

Was hat der »Tag gegen Lärm« in dieser Zeit erreicht? Der Frage nach Errungenschaften beim Lärmschutz, nach Herausforderungen und nach gescheiterten Bemühungen will im Wahljahr 2017 der Arbeitsring Lärm Deutschland (ALD) nachgehen.

Zum ersten Mal sind **28 europäische Länder** dabei und werden demnächst unter einem gemeinsamen Motto Veranstaltungen anbieten.



Das bewährte vielseitige Angebot in **München** wird wieder zusammengestellt und wir wollen neben Gräfelfing im Westen, das seit 1999 alljährlich dabei ist, nun auch im Osten einen Schwerpunkt setzen. Neben dem bewährten Angebot des Bauzentrums können wir auch in der Kultur-Etage Veranstaltungen an-

bieten und vor den Riem-Arkaden wird ein Hörtest-Mobil stehen. Bei Hörschädigungen ist die Messestadt ebenso unterversorgt wie mit Kinderärzten.

Unsere Ohren sind immer offen, bei Tag und Nacht. Deshalb lohnt es sich, eine Welt zu schaffen, die sich gut anhört.

Beiträge zum Programm werden gern entgegengenommen, von Meditation bis akustisch-physikalischem Wissen, von gutem Hören bis zu Maßnahmen gegen Umgebungslärm wird das Spektrum auch 2017 gehen.

Erste Veranstaltungen stehen schon auf der Webseite.

Hier wollen wir noch auf das Angebot „Lärmkoffer für Schulen“ verweisen. Zur Zeit haben wir einen Lärmkoffer des ALD.

Besonders wollen wir fragen: Was tut München zur Verminderung des Umgebungslärms? Die Fortschreibung des **Lärmaktionsplans** steht an. Hier aktiv zu werden, sollte der Stadt nicht schwerfallen, sind es doch teilweise die selben Maßnahmen, die auch für saubere Luft helfen..

Regelungen für Autofreie

Am 5. Dezember führten wir eine Veranstaltung durch „Mehr Rechtssicherheit für autofreie Projekte in München – so kann das Wohnungsangebot vergrößert und zugleich klimaverträglich und nachhaltig gebaut werden“. Damit soll zukünftigen Wohnprojekten der Weg erleichtert werden. Weil uns die Stadt ja anscheinend immer noch nicht glaubt, dass „autofrei“ funktioniert, berichtete Rainer Licht von der Genossenschaft Wohnwaft Hamburg. Autofreie Münchner Projekte stellten vor, wie es in ihren Häusern geregelt ist, dann diskutierten wir mit Herrn Mager von der Lokalbaukommission, welche Möglichkeiten autofreie und autoreduzierte Projekte in Zukunft in München haben könnten.

Messestadt

Autofrei Wohnen 4 feiert am 8. Dezember Richtfest. Wir gratulieren. Der Weg bis zum Baubeginn war lang und hinderlich. Doch nun geht es rasch voran.



Prinz-Eugen-Park

Hier haben Autofreie sich mit zwei anderen Baugemeinschaften zusammengetan. Hier wird also kein autofreies, sondern ein autoreduziertes Projekt entstehen. Das ist für uns auch rechtlich Neuland.

Unter den 13 Bewerbern für die vier Baufelder bekam das „Team hoch 3“ den Zuschlag für sein Grundstück der ersten Wahl mit 35 Wohnungen.

Viele autofreie Mitbauleute werden ermöglichen, dass die Tiefgarage kleiner gebaut werden kann. Wer mag mitmachen? Fragen Sie nach!

Anderswo in München

Noch ein autofreies Projekt in der Messestadt ist unser großer Traum. Auch in anderen Stadtteilen, insbesondere Freiam und Schwabing, könnten sich Chancen auf städtische Grundstücke ergeben.



Der junge, aber schon tiefwurzelnde Walnussbaum im Innenhof der Wohnwaft beweist: Hier ist keine Tiefgarage drunter.

reinhalteplan innerhalb eines Jahres fortzuschreiben, um die Grenzwerte für Stickstoffdioxide (NO₂) einzuhalten. Welche konkreten Maßnahmen das sind, legt das Gericht nicht fest.

Hintergrund: Ziel der DUH ist es, die zuständigen Behörden zu verpflichten, ihre Luftreinhaltepläne zu ändern, um den seit vielen Jahren geltenden Grenzwert für Stickstoffdioxid so schnell wie möglich einzuhalten. Im November 2015 hatte sie Klage gegen mehrere für die Luftreinhalteplanung zuständige Bundesländer eingereicht. Betroffen sind die Städte Köln, Bonn, Aachen, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Frankfurt am Main, Stuttgart und Berlin.



Unabhängige Patientenberatung in Deutschland?



Großes Hallo!

Was war das für ein Wiedersehen! Nach langer Zeit gab es zum ersten Mal wieder ein Treffen der Beraterinnen und Berater der ehemaligen UPD. Entsprechend stieg der Geräuschpegel in der Berliner Borsigstraße Nr. 5 sprunghaft an, als nach und nach immer mehr bekannte Gesichter den Raum betraten. Auch einige Trägervertreter hatten den Weg über den Innenhof gefunden. So gibt es die alte UPD offenbar doch noch – obwohl sie doch eigentlich aufgelöst wurde.

Anders als gewohnt, gab es bei dieser Verbundkonferenz kein Tagungshotel und kein Buffet. Wir hatten weder einen Beamer noch eine Mikrofonanlage. Dafür gab es Kekse, Getränke und irgendwann funktionierte auch die Kaffeemaschine. Der geschichtsträchtige Tagungsort versprühte viel konspirativen Charme: Das theologische Konvikt war 1989 eines der intellektuellen Zentren der friedlichen Revolution in der DDR. Auch, wenn es am 18. November 2016 nicht um die Vorbereitung

einer Revolution ging, so lieferte dieser Ort trotzdem einen vertraulichen und geschützten Rahmen für unseren Austausch.

Es war schön, alle wieder zu sehen! Besonders haben wir uns darüber gefreut, dass mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern so viele der Ehemaligen gekommen sind. Es wird sogar eine kleine Dokumentation des Treffens geben. Ein Ergebnis sei an dieser Stelle schon vorweggenommen: Im nächsten Jahr wird es wieder eine Verbundkonferenz geben. Darauf freuen wir uns schon jetzt.

Wir alle danken den vier OrganisatorInnen

Grit Dörfer

Gregor Bornes

Stefan Palmowski

Sebastian Schmidt-Kaehler

für dieses wunderbare Treffen!



München, 10.11.16

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenstellen BAGP begrüßt die Bundesratsinitiative Bayerns und Hamburgs zur Einführung eines Entschädigungs- und Härtefallfonds für Patienten.

Seit mehr als 20 Jahren fordert die BAGP genau diesen Fonds, um unzumutbare Härten für Patienten abzufedern. In den Beratungsstellen der BAGP zeigt sich, dass Patientinnen und Patienten nicht nur durch den eingetretenen gesundheitlichen Schaden und seine finanziellen Auswirkungen sehr belastet sind, sondern auch durch den Verdacht auf einen möglichen Behandlungsfehler. Oft haben sie nicht die Kraft und die finanziellen Mittel, um den Gang durch die juristischen Instanzen durchzustehen.

„Insbesondere für Patienten mit einem nachgewiesenen Schaden, bei dem aber kein eindeutiger Behandlungsfehler im rechtlichen Sinne nachzuweisen ist, wird der Fonds ein Segen sein. Wir freuen uns darüber und hoffen, dass es nun schnell zu einer Konkretisierung über die Ausgestaltung dieses Fonds kommen wird. Dabei muss unbedingt die Patientenvertretung beteiligt werden. Wichtig ist jetzt, dass die Bundesregierung noch vor der Wahl im Herbst 2017 diesem Vorhaben zustimmt!“ so Carola Sraier, Sprecherin der BAGP.

Ein derartiger Fonds wurde bereits bei den Beratungen zum 2013 verabschiedeten Patientenrechtegesetz von Patientenorganisationen, dem Bundesrat und Teilen der Ärzteschaft gefordert, leider vergebens. Umso erfreulicher, dass die Bundesländer jetzt ihre Forderung erneuern und initiativ werden.

Die BAGP fordert darüberhinaus mehr Patientensicherheit, z.B. den Ausbau der Fehlermeldesysteme und einen offeneren Umgang mit Fehlern im Medizinbetrieb.

„Neben dem Fonds brauchen wir aber weitere Instrumente, um Fast-Behandlungsfehler und wirkliche Behandlungsfehler zu reduzieren. Hierzu müssen die Forschungsergebnisse zur Patientensicherheit einbezogen und Fehlermeldesysteme ausgebaut werden. Auch der Umgang mit Fehlern und Fast-Fehlern muss in allen Bereichen des Gesundheitswesens anders werden. Dringend brauchen wir ein öffentliches Fehlermelderegister bei einer unabhängigen Institution“, so Sraier weiter.



Sprecher/innenwahl: Bornes und Sraier wiedergewählt! BAGP Tagung in Berlin

Im November trafen sich die Vertreter der BAGP-Stellen in Berlin. In der zweitägigen Tagung standen die Patientenvertretung auf Landes- und Bundesebene im Vordergrund neben Strategiediskussionen und organisatorischen Fragestellungen. Die bisherigen Sprecher Gregor Bornes aus Köln und Carola Sraier aus München sind für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt worden.

Danke an

euch beide. Die BAGP bedankt sich für die Bereitschaft dieses zeitaufwendige Amt weiter zu übernehmen.



BAGP-Rundbrief 2.16

Studie zur Wirkung des Patientenrechtegesetz nach mehr als drei Jahren

| Gesundheit | Mobilität | Bildung |

IGES

Studie zu den Wirkungen des Patientenrechtegesetzes

Das Patientenrechtegesetz (PatRG) hat im kommenden Februar seinen vierten Geburtstag.

Anlass genug für das BMG, in Person Karl-Josef Laumann, im März diesen Jahres eine Studie zur Wirkung des Patientenrechtegesetzes in Auftrag zu geben. Das IGES Institut erarbeitete einen umfangreichen Fragebogen, der nicht nur an die Leistungsträger, sondern auch an die Patienten – und Wohlfahrtsverbände ging. Wir haben mit der BAGP an der Befragung und Besprechung teilgenommen.

Im Fokus der Studie standen die neuen Paragraphen im BGB zu den Informationspflichten (§ 630c BGB), zur Einwilligung (§ 630d BGB), zur den Aufklärungspflichten (§ 630e BGB), zur Einsichtnahme (§ 630g BGB) und den neuen Paragraphen im SGB V zur Kostenerstattung und zur Unterstützung bei Behandlungsfehlerverdacht.

Es gab einen Workshop zur Anhörung der Verbände im Mai in Berlin, wo ich als Sprecherin der BAGP unsere Kritik am PatRG erläuterte. Auch der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) als Beratungsorganisation und zwei Vertreter der Selbsthilfe beteiligten sich intensiv an der Diskussion. Die Berichte ähnelten sich und letztlich kamen wir zum Ergebnis, dass in der Praxis das PatRG nicht überall angekommen ist. So werden noch immer Patientenunterlagen nicht selbstverständlich ausgehändigt, ist Aufklärung und Information mangelhaft und die Unterstützung der Kassen in Bezug auf Behandlungsfehlerverdacht sehr unterschiedlich gestaltet. Es gibt keine Sanktionen für die Nichterfüllung o.g. rechtlicher Ansprüche, was bedauerlich ist.

Aus rechtlicher Sicht scheint das Einsichtsrecht z. B. hinreichend klar formuliert, dennoch ist der Praxistipp des BMG „sich eben einen Anwalt zu nehmen der die Unterlagen anfordert“ für viele Ratsuchende eine nicht zu überwindende Hürde.

Wir haben für die Patienten zahlreiche Verbesserungsvorschläge vorgestellt und erläutert. Es war uns wichtig, dass auch Änderungen in Bezug auf Individuelle Gesundheitsleistungen (IgEL) protokolliert werden.

Sechs Monate später wurden in einer öffentlichen Veranstaltung auf Einladung von Karl Josef Laumann die Ergebnisse der Studie vorgestellt. Ich war überrascht, dass im Ergebnis die Patienten überwiegend zufrieden sind mit dem geltenden Recht und dass lediglich die Patientenverbände dem eher kritisch gegenüber stehen.

Im Anschluss an die Vorstellung der Studienergebnisse gab es eine Diskussion mit vielen unterschiedlichen Akteuren wie einem Hausarzt, Vertreter der KV, von IGES, von der Bertelsmann Stiftung, Laumann und Prof. Woopen vom Ethikrat der Uni Köln.

Im Ergebnis versprach der Patienten- und Pflegebeauftragte Laumann, dass er die Verbesserungsvorschläge in die Koalitionsverhandlungen mitnehmen und sich dafür einsetzen will, dass das PatRG weiterentwickelt wird.

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.